



Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 16.02.2018:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken, [dan-news](#), [lug-info](#) sowie [ukrinform](#), [tass](#), [sputnik](#) und [ria.ru](#)
Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Lug-info.com:

Pressekonferenz des bevollmächtigten Vertreters der LVR bei den Verhandlungen in Minsk, des Außenministers der LVR Wladislaw Dejnego am 16.02.2018 (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Zur militärischen Lage

Die ukrainische Seite führt jetzt in jedem Fall, so informiert uns unsere Aufklärung, eine Verstärkung ihrer Positionen durch, zieht Personal, Technik, Spezialmittel heran, rüstet das Hinterland aus, Treibstoff, Munition usw. direkt an der Abgrenzungslinie.

Die Einwohner der von Kiew kontrollierten Territorien bestätigten diese Fakten.

Der Generalstab der ukrainischen Streitkräfte hat inzwischen die Ausstattung und Angriffsbereitschaft der 54. Brigade der ukrainischen Streitkräfte in der „ATO“-Zone überprüft. In der 10. und der 54. Brigade der ukrainischen Streitkräfte wurden gemeinsame Übungen im Gebiet von Popasnaja und Artjomowsk durchgeführt, die auf die Erarbeitung von Angriffsaktivitäten gerichtet sind.

Indirekt hat auch der Leiter des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte Mushenko die Absichten der Ukraine, die Situation an der Abgrenzungslinie zu verschärfen, während eines Treffens mit einem Mitglied der Kiewer Assoziation von Militärattachés bestätigt. Dies verweist unmittelbar darauf, dass die Ukraine direkte Absichten hat, in der nächsten Zeit die Situation zum äußersten zu verschärfen.

Der Ukraine ist eine maximale Verschärfung der Situation günstig. Diese Aktivitäten im militärischen Bereich verweisen darauf.

Am 7. Februar gab es einen präzedenzlosen Fall, als die Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der Ukraine die Grenzen überschritt, alle Maxima, die in den letzten Monaten beobachtet wurden, übertraf.

Es gab in der letzten Woche Angriffe von Diversions- und Erkundungsgruppen, was für die ukrainische Seite sehr bedauerlich endete, sie erlitt Verluste. Dennoch kann dies nur als Überprüfung unserer Wachsamkeit, unserer Kräfte bewertet werden, das heißt als Glied zur Vorbereitung von aktiven Handlungen – anders kann das nicht bewertet werden.

Beschuss von Ortschaften, vor allem auf die Gebiete von Brjanka und Lomowtka, verweist auch darauf, dass die Ukraine die Situation ernsthaft erkundet, versucht zu erfahren, wie auf solche Handlungen die angeblich neutralen Beobachter, die die Situation verfolgen, und die weltweiten Medien reagieren.

All dies sind Glieder einer Erkundung des Informationsraums für eine ernsthaftere Entwicklung der Ereignisse.

Beschuss von OSZE-Drohnen

Die Statistiken in den OSZE-Berichten zeugen davon, dass in den letzten Monaten Drohnen der Mission, die der Beobachtung auf beiden Seiten der Abgrenzungslinie dienen sollen, ausschließlich vom Territorium der LVR gestartet werden, aber bei weitem nicht alle zurückkehren.

Sehr viele wurden beschossen, beschädigt und gingen während des Flugs verloren.

Dies ist ein ernsthafter Block von Beschwerden der OSZE gegenüber der Ukraine bezüglich der Verletzung des Regimes der Feueereinstellung.

Die Ukraine hat keine einzige Ermittlung zu Fällen von Beschuss von OSZE-Drohnen durchgeführt.

Trennung von Kräften und Mittel bei Staniza Luganskaja

Am von Vertretern der LVR in Minsk am 14.2. vorgeschlagenen Datum, dem 16.2., hat die Ukraine keinerlei Aktivitäten zur Trennung von Kräften und Mitteln bei Staniza Luganskaja unternommen. Wir haben darauf bestanden, dass wir die Trennung von Kräften und Mitteln in kürzestmöglicher Zeit durchführen. Der Dialog fand am 14.2. statt. Wir sind davon ausgegangen, dass eine Anfrage erfolgen muss und sie unmittelbar den Vertretern der OSZE übergeben werden muss – eine Mitteilung über die Absicht die Trennung von Kräften und Mitteln zu beginnen einzureichen. Kiew muss seine Mitteilung dann innerhalb von 24 Stunden einreichen, die vom Zeitpunkt der Einreichung der Mitteilung bis zum Beginn der Trennung von Kräften und Mitteln vergehen müssen.

Von diesen Berechnungen ausgehend haben wir darauf bestanden, dass die ukrainische Seite technisch am 16. Februar mit der Trennung von Kräften und Mitteln beginnen kann. Wie Sie sehen, haben wir bis jetzt keinerlei Informationen aus Staniza erhalten. Auch über irgendwelche Absichten hat die Ukraine weder uns noch die OSZE benachrichtigt.

Der 16.2. war unsere Position. Auch die Vertreter der DVR und die Vertreter der RF haben uns unterstützt, obwohl sie darauf bestanden haben, dass es auch vor dem 16.2. geht.

Kiew hat zu seiner Rechtfertigung eines weiteres Mal von irgendwelchen erdachten Beschießungen im Abschnitt der Trennung von Kräften und Mitteln geredet.

Eine Schlüsselbedingung für den Beginn der Trennung von Kräften und Mitteln sind sieben Tage Ruhe am betreffenden Abschnitt. Seit dem 25.12 sind weitaus mehr Tage vergangen, wir hätten schon Dutzende von Malen die Trennung durchführen können. Das zweite Moment, das ich erwähnen möchte, ist, dass alle Verletzungen, die die OSZE an diesem Abschnitt festgestellt hat, von der ukrainischen Seite ausgingen.

Dennoch spricht die Ukraine von einer Verletzung am 13. Februar. Ich weiß nicht, ob sie das geträumt haben, sich eingebildet haben, oder ob die OSZE-Kameras nicht ausreichend effektiv sind, wie sie meinen. Dennoch haben Aufzeichnungen dieser Kameras gezeigt, dass es am 13. Februar keinerlei Verletzungen gab, und die OSZE versichert, dass diese Ergebnisse völlig zuverlässig sind.

Gesetz zur „Reintegration des Donbass“

Das sogenannte Gesetz „über die Reintegration“, über das am 18. Januar abgestimmt wurde, hat der Sprecher der Rada am 8. Februar unterzeichnet und zur Behandlung an die Administration des Präsidenten der Ukraine weitergeleitet. Von der Gesetzgebung der Ukraine sind 15 Tage dafür vorgesehen, dass das Gesetz unterzeichnet und veröffentlicht wird und entsprechend in Kraft tritt, oder dass der Präsident der Ukraine ein Veto einlegt und das Gesetz zur Überarbeitung zurückgibt. Dieses Gesetz löst dem ukrainischen Militär im Bereich der Durchführung von militärischen Operationen unter Verwendung der Streitkräfte die Hände, was heute noch verboten ist, aber dennoch seit fast vier Jahren ständig von der ukrainischen Seite praktiziert wird. Und dieses Gesetz sieht vor, dass der Präsident der Ukraine berechtigt ist, die Armee unter beliebigen Umständen, beliebigen Bedingungen, auf beliebigen Territorien gegen das Volk einzusetzen.

Was die mögliche Variante eines Vetos betrifft, so sollte man sich da nicht verleiten lassen. Wenn es irgendein Veto von Poroschenko gibt, so wird das klar eine Bearbeitung der Aufgaben betreffen, die die Parlamentarische Versammlung des Europarats gestellt hat, wo die Rede von einigen Anmerkungen bezüglich der Verletzung humanitärer Rechte durch dieses Gesetz war. Und ich denke nicht, dass selbst wenn es ein solches Veto geben sollte, es sich auf die Fragen erstrecken wird, die entscheidend für den Donbass sind. Dies sind Fragen zum besonderen Status, Fragen zur

friedlichen Regelung, die Aufhebung jeglicher Blockaden, die über den Donbass verhängt wurden, und, sagen wir, alle übrigen Fragen, die Komponenten des Maßnahmekomplexes sind und notwendig für die Lösung des Konflikts im Donbass auf dem Weg von friedlichen Verhandlungen. Ich will mich an die Weltgemeinschaft wenden, dass sie auf die Kiewer Regierung Einfluss ausübt, um sie zu verpflichten, im Rahmen der Minsker Vereinbarungen zu bleiben und eine Entwicklung der Situation zu verhüten, die heute ausgehend von den Beobachtungen und Daten unserer Aufklärung mehr und mehr wahrscheinlich wird.

Im Zusammenhang mit den klaren Absichten, die die Ukraine in den letzten Monaten ständig demonstriert, haben wir dieses Problem auch am 14. Februar in der Kontaktgruppe aufgeworfen, dies war einer der Schlüsselmomente.

Ich hoffe trotz allem, dass nach einer Einmischung auf allen zugänglichen Ebenen die Ukraine diesen Prozess stoppt und sich diese Situation nicht entwickelt.

Wasserlieferungen aus der Ukraine

Die Frage der Zahlung für das Wasser, das uns vom von der Ukraine kontrollierten Territorium geliefert wird, ist für uns sehr problematisch. Bei einem Wasserwerk laufen die Lieferungen mehr oder wenig stabil, während regelmäßig einige Fragen beim Petrowskij-Wasserwerk auftauchen. Die Lieferung findet derzeit nicht statt. In gewisser Regelmäßigkeit gelingt es uns, Verabredungen über Wasserlieferungen zu treffen, aber die halten leider nicht lange.

Die Einstellung der Wasserlieferungen erklärt Kiew mit dem angeblichen Fehlen von Zahlungen von Seiten der Republik.

Es gab bestimmte Schwierigkeiten mit der Zahlung, es gab einen Zeitraum, in dem die Wasserlieferungen eingestellt wurden. In diesem Zeitraum kann natürlich von gegenseitigen Abrechnungen nicht die Rede sein, aber ein bestimmter Rückstand hat sich dann gebildet, wir haben eine Restrukturierung vereinbart und Ende 2017 haben wir all unsere Verpflichtungen gemäß der Restrukturierung getilgt.

Jetzt sind wir zu monatlichen Zahlungen übergegangen. Wir erhalten eine Rechnung vom ukrainischen Wasserlieferanten und zahlen diese Verpflichtungen in vollem Umfang. Alte Verpflichtungen, die in dem Vertrag mit diesem Lieferanten vorgesehen sind, sind vollständig getilgt.

Eröffnung von Kontroll- und Passierpunkten

Unsere Bedingung ist die Öffnung von zwei Passierpunkten gleichzeitig: in Stschastje und in Solotoje. Dies löst die Probleme sowohl derjenigen, die im Osten der LVR leben als auch derjenigen, die aus derzeit von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Bezirken in diese Gebiete kommen wollen.

In dem Komplex wird die Situation auch durch Fragen der Aufhebung von Blockaden beim Güterverkehr über die Abgrenzungslinie berührt. Die Ukraine hat auch auf diesem Gebiet nicht vor, uns entgegenzukommen.

Kiew besteht auf der Öffnung nur eines Passierpunkts im Gebiet von Solotoje.

Für Lugansk und einen erheblichen Teil der LVR ist es weitaus wichtiger, sowohl vom Gesichtspunkt der Logistik als auch vom Gesichtspunkt einer potentiellen Auslastung dieses Passierpunkts, die Möglichkeit für eine Überschreitung der Abgrenzungslinie an der Brücke in Stschastje zu eröffnen.

Wir haben unsere Vorschläge zur Eröffnung eines Passierpunkts in diesem Abschnitt eingebracht, dennoch weigert sich die Ukraine, diesen Vorschlag auch nur zu behandeln.

Humanitäre Untergruppe

Das Treffen war recht schwierig. Besondere Zuspitzungen erfolgen in der humanitären Untergruppe. Die Vertreterin der Ukraine erklärte auf ihrer Facebook-Seite, dass es Drohungen ihr gegenüber gegeben habe. Die erste Erklärung erschien noch während der Arbeit der Gruppe, sie hat die Sitzung verlassen.

Geraschtschenko kam zu dieser Sitzung zu spät und bezog sich auf irgendwelche Gründe, die ihr nicht erlaubt hätten rechtzeitig zu kommen. Sie begann um 12:00 Uhr in der Gruppe zu arbeiten und verließ sie um 13:00 Uhr. Gründe für diese Emotionen gab es keine. Es lief ein recht konstruktives

Gespräch, die Vertreterin der Ukraine erlaubte sich recht inadäquate Äußerungen, versuchte nicht nur zu verbieten, dass Dinge erörtert wurden, sondern auch, dass auf der Sitzung der Gruppe die Punkte 5 und 6 der Minsker Vereinbarungen erwähnt wurden (Amnestie und Gefangenenaustausch alle gegen alle). Wodurch eine solche Abneigung gegen diese beiden Punkte hervorgerufen wurde, ist auch sehr schwer zu verstehen.

Sie bezog sich auf irgendwelche erdachten absolut eigenen Probleme, die sie versuchte in den Aussagen der Vertreter der Republiken zu sehen. Ihre erste Reaktion war recht neutral, sie nahm irgendwie weiter am Dialog teil, aber dann erkannte sie, dass sie diese Situation nutzen kann, um einen Skandal zu erzeugen. Innerhalb von einer oder anderthalb Minuten wurden die Äußerungen, die Geraschtschenko dann in Bezug auf ihre Kinder erwähnte (und die Rede war von absolut neutralen Dingen) als Drohungen gegen ihre Familie ausgegeben. Sie begriff, dass diese Situation für einen weiteren Skandal genutzt werden konnte, weitere PR, und sie zögerte nicht, das wahrzunehmen.

Welche Aufgabe gab es? Wahrscheinlich versuchte Geraschtschenko nur, die Erörterung der weiteren Perspektiven zum Austausch festgehaltener Personen nach der Formel „alle gegen alle“ zu blockieren. Offenbar hatte sie dazu nichts zu sagen. Sie begriff sehr gut, dass niemand ihr erlauben würde zu schweigen, dass es direkte und konkrete Fragen geben würde, deshalb beschloss sie ihre Teilnahme an der Sitzung auf diese raffinierte Weise zu beenden.

Reparatur der Brücke bei Staniza Luganskaja

Bei einer der letzten Sitzungen hat die Ukraine erklärt und den Koordinator der humanitären Untergruppe gebeten zu informieren, dass sie bereit sei, diese Brücke wieder aufzubauen. Das heißt, sie haben sie gesprengt, um dann drei Jahre zu warten und vorzuschlagen sie selbst wieder aufzubauen. Vor allem ist das unser Territorium und die Ukraine wird auf unserem Territorium keinerlei Arbeiten durchführen.

Zweitens hat das IKRK für die Erarbeitung seines Entwurfs erhebliche Mittel ausgegeben und jetzt soll aus unverständlichen „Wünschen“ von irgendwem in Kiew das Rote Kreuz Mittel ausgeben, um einen neuen Entwurf zu erarbeiten. Das ist nun wirklich nicht die optimale Verwendung von Mitteln des Roten Kreuzes.

Die Mittelgeber des IKRK sollten nachdenken – wählt das Rote Kreuz die richtige Taktik, wenn es solche Aktivitäten, die auf die Lösung humanitärer Probleme gerichtet sind, mit denen abstimmt, die diese Probleme schaffen.

Mögliche Wege zum Wiederaufbau der Brücke sind entweder die Realisierung des IKRK-Entwurfs, unabhängig von den Hindernissen, die die ukrainische Seite schafft, oder dass die LVR nach alternativen Varianten für die Reparatur des zerstörten Abschnitts sucht.

Ich will ein weiteres Mal unterstreichen, dass die Ukraine seit 2015, als sie diese Brücke zerstörten, fast drei Jahre lang bewusst jede Lösung des Problems blockiert. Offensichtlich haben sie diese Aufgabe – maximale Probleme, Unbequemlichkeiten für die Menschen zu schaffen, die versuchen die Abgrenzungslinie zu passieren.

Politische Untergruppe

Die Positionen der Ukraine wurden kein einziges Mal vorgestellt. Im letzten Jahr haben wir 16 Dokumente an den Koordinator der Untergruppe geschickt, in denen wir unsere Positionen zu diesen oder jenen Fragen in der Kompetenz der Untergruppe dargestellt haben. Die Ukraine hat kein einziges Dokument eingereicht und nicht einmal mündlich ihre Positionen zu den Fragen geäußert, die in der Untergruppe zu erörtern versucht wurden.

Sie haben versucht, den Dialog auf einige, sagen wir weniger wichtige Fragen im Vergleich zur „Formel Steinmeier“, die ein Schlüssel für die Lösung der Frage des besonderen Status ist, zu ziehen, aber es gab keinerlei Bewegung vorwärts.

Der Koordinator der Untergruppe hat sich mehrfach an die Kontaktgruppe gewandt, dass ein Dialog mit der „Normannischen Vier“ stattfinden muss, damit diese eine konkrete Aufgabe an die politische Untergruppe stellt, sonst enden die Möglichkeiten des Koordinators damit, dass er die Ukraine dazu bewegt, dass sie auf irgendeinen Dialog eingehen, ihre Positionen äußern, vom Treffen von Entscheidungen, der Vorbereitung irgendwelcher Konsenslösungen gar nicht zu reden.

Ökologische Probleme

Auf der Sitzung der Kontaktgruppe wurden Fragen der Ökologie aufgeworfen, aber warum auch immer, versteht die Ukraine sie in einem sehr engen Kontext. Der allgemeine Zustand der ökologischen Situation interessiert sie nicht, die Probleme, die mit dem massenhaften Abholzen von Wald auf den von der Ukraine kontrollierten Territorien verbunden sind, interessieren sie nicht. Es interessiert sie nicht, dass auf den Müllhalden für Industrieabfälle keinerlei Arbeiten zur Gewährleistung der Sicherheit vorgenommen werden.

Die Ukraine unterstützt die Durchführung eines Runden Tisches unter Beteiligung unserer Wissenschaftler, für die diese Frage aktuell ist, nicht.

Wir haben mehrfach unsere Absicht, den Wunsch geäußert, diesen Runden Tisch durchzuführen. Ungeachtet dessen fanden einige Runde Tische in engem Format statt, mit Beteiligung unserer Wissenschaftler und Wissenschaftlern aus der Ukraine.

Die Ukraine nimmt die Schlussfolgerungen dieser Runden Tische entgegen, aber sie weigert sich, im Rahmen der ökonomischen Untergruppe einen Runden Tisch durchzuführen, der die Situation für die Teilnehmer der Kontaktgruppe erläutern könnte, die mit gemeinsamen Anstrengungen Maßnahmen zur Gewährleistung der Stabilität der ökologischen Situation benennen könnten.

UNO-Friedenstruppen

Auf der Münchner Sicherheitskonferenzen wird erwartet, dass der ehemalige NATO-Generalsekretär und heutige Sicherheitsberater des Präsidenten der Ukraine Anders Fogh Rasmussen auftritt. Laut in die Massenmedien durchgesickerten Informationen hat Rasmussen irgendeinen Plan vorgeschlagen, der eine Stationierung von 20.000 Mann eines Friedenstruppenkontingents im Donbass vorsieht, zu denen Soldaten Schwedens, das kein NATO-Mitglied ist, gehören könnten, Brasiliens, die Erfahrung mit Friedenstruppenmissionen haben, sowie Weißrusslands, dem Russland vertraut. Schweden soll die UN-Mission leiten.

Wer ist dieser Rasmussen? Das ist einer der Berater Poroschenkos. Hier ist die Situation folgendermaßen: entweder ist das eine Position, die Poroschenko aufzudrängen versucht wird, oder es ist ein „Wunsch“ von Poroschenko selbst, der versucht sich über den ehemaligen NATO-Generalsekretär zu Gehör zu bringen.

Dennoch gibt es von der NATO keinerlei Aussagen dazu. Die Position Rasmussens als ehemaligem NATO-Generalsekretär, bei dieser Maßnahme ohne Beteiligung von NATO-Ländern auszukommen, sieht auch komisch aus. Vertraut er seinen ehemaligen Kollegen nicht?

Die von Kiew vorgeschlagene Mission ist keine Friedensmission.

Sie schlagen 20.000 bewaffnete Vertreter irgendeiner UN-Mission vor. Fangen wir damit an, dass das keine Friedensmission ist. Eine Friedensmission ist ein Organ, dessen Anwesenheit beide Konfliktseite initiieren, die festgestellt haben, dass sie den Konflikt selbständig nicht lösen können, und sie wenden sich an die UNO, um eine Friedensoperation durchzuführen. Und dann behandelt diese UNO diese Fragestellung und trifft eine Entscheidung über die Möglichkeit ein Friedenskontingent zu schicken.

Hier haben wir diese Sache mit dem Wunsch der Ukraine, eine Säuberung des Territoriums des Donbass entweder durch die UN-Vertreter durchzuführen oder dadurch unsere Möglichkeit zum Widerstand zu blockieren und die Säuberung selbst durchzuführen. Sie versuchen es mit der jugoslawischen Variante.

Über irgendwelchen Realismus bezüglich dieser Pläne muss man heute wirklich nicht sprechen.

Mitarbeit der DVR und LVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination

Für uns hat sich die Situation etwas erschwert, nachdem die Offiziere der RF gezwungen waren, das Territorium der Ukraine zu verlassen und entsprechend ihre Arbeit vor Ort im GZKK zu beenden. Die ukrainische Seite hat erklärt, dass sie ihre Arbeit fortsetzt. Wir haben unsererseits unsere Vertretung im GZKK gebildet, die die Arbeit fortsetzt, die die russischen Offiziere hier gemeinsam mit unseren Militärs durchgeführt haben.

Jetzt decken wir mit unseren Kräften diese Fragen ab, aber dennoch stellt die Frage der Koordination jetzt eine Schwierigkeit dar, d. h. eine der Komponenten dieses Zentrums – operativ mit der ukrainischen Seite im GZKK Kontakt zu halten. Es gelingt jetzt nicht, diesen Dialog

vollwertig wiederaufzunehmen. Wir sind dafür, dass wir jetzt in einen Dialog treten, wir nutzen jetzt die OSZE-Mission, sie hat eine gewisse vermittelnde Funktion im Kontakt mit der ukrainischen Seite.

Trotz der Unterstützung der OSZE gelingt es nicht, einen Dialog mit der ukrainischen Seite zu erreichen.

Die Frage der Rückkehr der russischen Offiziere ist derzeit ganz aktuell, doch dafür muss die ukrainische Seite erstens die Hindernisse beseitigen, die sie für die Arbeit der russischen Offiziere geschaffen hat, zuverlässige respektvolle Beziehungen zu den Vertretern der russischen Armee gewährleisten und außerdem die Frage der Beteiligung der Vertreter der Republiken an der Arbeit dieses Organs nicht nur auf den eigenen Territorien, sondern auch auf den von der Ukraine kontrollierten Territorien lösen.

Das muss symmetrisch sein, das muss ein gemeinsames Organ sein. Die Offiziere der Vertretung der Ukraine im GZKK auf unseren Territorien arbeiteten auch hier, in Lugansk, und in den Frontbereichen. Ein solches Herangehen muss es auch für unsere Vertreter geben.